

Interview
13.04.2022, 7.15 Uhr

Nils Schmid, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, im Gespräch mit Sandra Schulz

Sandra Schulz: Am Telefon ist jetzt Nils Schmid, der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Guten Morgen!

Nils Schmid: Guten Morgen, Frau Schulz.

Schulz: Dass der Besuch von Bundespräsident Steinmeier in Kiew nicht gewünscht ist, wie finden Sie das?

Schmid: Ja, das ist mehr als ärgerlich. Wir sind ja befreundete Länder, und es wäre ein gutes Zeichen gewesen, wenn zusammen mit den anderen Regierungschefs auch Steinmeier nach Kiew gereist wäre. Das stößt auch nicht nur bei mir, sondern bei vielen in Deutschland auf völliges Unverständnis. Und leider lenkt es auch von den tatsächlichen Fragen, die jetzt vor uns liegen, ab. Denn die Europäer, die NATO wollen die Ukraine weiter unterstützen - und dann braucht man aber auch einen angemessenen Umgang untereinander, unter befreundeten Nationen und auch selbstverständlich mit unserem Staatsoberhaupt.

Schulz: Sie nennen das ärgerlich. Also Sie ärgern sich über die ukrainische Seite?

Schmid: Ich finde diesen Vorgang sehr ärgerlich. Ansonsten gibt es Meinungsverschiedenheiten und Kritik an der Russland-Politik Deutschlands in der Vergangenheit, und das müssen wir auch unter Freunden aushalten. Aber wir sind ja aktuell in der Lage, dass wir einen erneuten russischen Großangriff befürchten. Und da wäre es besonders wichtig gewesen, Geschlossenheit zu zeigen gerade auch unter Europäern, denn es ist ja nicht nur Steinmeier brüskiert worden, sondern auch sein polnischer Amtskollege, der diese Anregung vorgebracht hat. Alles in allem ziemlich unverständlich und auch wirklich völlig unnötig.

Schulz: Kann Olaf Scholz, soll Olaf Scholz denn jetzt fahren? Der ist ja jetzt offiziell eingeladen.

Schmid: Na ja, aber jetzt gleitet das so langsam in politisches Schmierentheater ab. Sich herauszupicken, wer von Deutschland reisen darf und wer nicht, den Kanzler gegen den Bundespräsidenten auszuspielen, das geht überhaupt nicht. Deshalb sehe ich jetzt nicht, dass Olaf Scholz einfach so nach Kiew reist.

Schulz: Wenn wir uns die Gesamtlage noch mal vor Augen führen: Es gibt ja auch eine Argumentationslinie aus der Ukraine. Der ukrainische Botschafter Melnyk hat gesagt, der Besuch von Steinmeier, der hätte nur rein symbolische Kraft. Viel wichtiger wäre es, dass jemand aus Berlin kommt – alle denken an Olaf Scholz – der auch politische Entscheidungen fällen kann. Was ist an dieser Argumentationslinie denn falsch, vor allem auch wenn wir daran denken, wer jetzt alles schon in Kiew war, von der Leyen, Boris Johnson?

Schmid: Egal wer reist – es hat vor allem symbolische Bedeutung, also politische Bedeutung- Und deshalb wäre es natürlich von besonderem Gewicht gewesen, wenn der erste Mann im deutschen Staat, nämlich der Bundespräsident reist. Die praktische und politische Unterstützung, die gewähren die Verbündeten und auch Deutschland auch ohne, dass sie reisen. Es wäre ja besonders schlimm, dass man erst hinreisen müsste, um zu verstehen, dass man die Ukraine jetzt mit Waffenlieferungen weiter unterstützen muss.

Schulz: Wobei das ja wahrscheinlich der eigentliche Streitpunkt ist. Es geht ja nicht darum, dass die Ukraine symbolische Unterstützung vermisst, sondern die Ukraine vermisst die Ansage, das Versprechen aus Berlin, jetzt schwere Waffen zu liefern.

Schmid: Es geht ja auch nicht um Ansagen, sondern um tatsächliche Lieferungen. Und seitdem Olaf Scholz nach dem Kriegsbeginn das Ruder herumgeworfen hat, liefert Deutschland wie alle anderen auch Waffen und wird das weiter tun. Wir haben ja auch von der EU aus noch mal die Mittel zusätzlich aufgestockt, um der Ukraine Waffenkäufe zu ermöglichen. Denn die wenigsten Waffen sind frei verfügbar in den Beständen der europäischen Armeen, sondern es muss ja auch die Möglichkeit geschaffen werden, dass die Ukraine direkt als Käufer auftritt. Deshalb unterstützt Deutschland mit den anderen EU-Staaten die Ukraine hier mit den auf 1,5 Milliarden erhöhten Mitteln. Und auch die NATO ist sich völlig einig – das hat ja Herr Stoltenberg letzte Woche noch mal klargemacht -, dass es weitere Waffenlieferungen aus dem NATO-Kreis geben wird, und daran wird sich Deutschland selbstverständlich beteiligen.

Schulz: Herr Schmid, aber Sie haben die Diskussion ja auch mitverfolgt, mitbekommen. Es geht nicht um die Frage pauschal nach Waffenlieferungen, sondern es geht um die Frage nach sogenannten schweren Waffen, nach Panzern. Da gibt es die Forderungen von Ihren Koalitionspartnern: Annalena Baerbock hat sich festgelegt, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, hat sich festgelegt. Selbst Michael Roth aus Ihrer Partei fordert genau diesen Schritt jetzt. Wo bleibt die Ansage von Olaf Scholz?

Schmid: Da braucht es keine Ansagen, sondern man muss genau prüfen, was möglich ist, denn es geht ja immer um konkrete Panzer oder schwere Waffen. Was wir jetzt brauchen sind Waffen, auch schwere Waffen, die die Ukraine unmittelbar und leicht einsetzen kann – ohne aufwendige Ausbildung der Soldaten, ohne Probleme bei der Wartung oder bei der Beschaffung von Ersatzteilen, und das müssen die NATO-Verbündeten jetzt gemeinsam prüfen. Es gab ja schon die erste Lieferung aus Tschechien mit Panzern sowjetischer Bauart. Die hat Deutschland unterstützt. Deshalb, muss ich sagen, habe ich auch wenig Verständnis jetzt für dieses öffentliche Schaulaufen, wer am meisten und am schnellsten Waffenlieferungen an die Ukraine fordert. Deutschland liefert und wird auch weiter liefern – das, was notwendig ist.

Schulz: Es gibt einfach, glaube ich, bei vielen auf der ukrainischen Seite auch den Wunsch nach Klarheit in Berlin. Wenn Sie das jetzt so schildern, als wäre das jetzt plötzlich Konsens, auch in Ihrer Partei, auch in Ihrer Fraktion, dann wundere ich mich über die Äußerungen Ihres Fraktionsvizes Müller. Der sagt: „Die Lieferung schwerer Waffen sei derzeit noch keine Option.“

Schmid: Das ist ausdrücklich eine Option, der Deutschland zugestimmt hat, sowohl beim NATO-Treffen wie beim EU-Treffen. Und Kanzler Scholz legt Wert darauf, dass sorgfältig geprüft wird, was der Ukraine jetzt hilft, was mit Blick auf das Arsenal der Bundeswehr vertretbar ist. Wir können ja nicht die Bundeswehr völlig entblößen, und dementsprechend wird entschieden.

Ich muss schon sagen: Deutschland ist das einzige Land, wo all das auf dem öffentlichen Markt ausgetragen wird. Alle anderen liefern auch, aber da gibt es nicht jeden Tag irgendwelche Twitter-Feldherren, die meinen, sie wissen es jetzt ganz genau, welcher Waffentyp wann zur Verfügung steht. Ich glaube, wir sollten da der Bundesregierung vertrauen. Sie hat es in den vergangenen Wochen gemacht und sie wird es weiter tun. Die Waffen kommen in die Ukraine.

Schulz: In den anderen Ländern laufen die Diskussionen vielleicht auch deswegen anders, weil dort keine Partei die Regierung führt, die sehr lange sich sehr stark profiliert hat über einen Russland-freundlichen Kurs – und in der auch Kritik gehandelt wird zum Beispiel am ukrainischen Botschafter Melnyk. Das alles nimmt die europäische Öffentlichkeit ja auch wahr.

Schmid: Auch in den anderen europäischen Ländern – schauen Sie nur mal nach Frankreich – gibt es in der Vergangenheit und bis heute Russland-freundliche Tendenzen bis hin zu ehemaligen Premierministern.

Schulz: Aber Melnyk wurde „unverschämt“ genannt aus Ihrer Fraktion.

Schmid: Ja, er ist auch sehr offensiv aufgetreten. Aber das ist ja wirklich auch nicht wirklich relevant, sondern entscheidend ist, nach Kriegsbeginn hat Olaf Scholz Führung gezeigt. Er hat nicht nur Waffenlieferungen ermöglicht, er hat ein 100-Milliarden-Sonderprogramm für die Bundeswehr aufgelegt. Ich weiß gar nicht, ob wir vielleicht mal mehr auf Taten als nur auf Worte schauen sollten, bei allem Verständnis für die Emotionalität der Debatten. Es zählt, was geliefert wird, was gemacht wird, und da braucht sich Deutschland wirklich nicht zu verstecken.

Schulz: Herr Schmid, jetzt haben wir nicht mehr viel Zeit. Aber nach dem Ärger, den Sie uns ja auch gerade geschildert haben zu Beginn des Gesprächs – wenn wir da Risse sehen im Verhältnis zwischen Berlin und Kiew, wie sollen die jetzt gekittet werden?

Schmid: Ich halte das nicht für einen Riss. Das war aus meiner Sicht eine völlig undiplomatische Vorgehensweise. Aber es ändert nichts daran, dass in Deutschland selber eine große Solidarität mit der Ukraine da ist. Und dass auch die Bundesregierung und der Bundestag voll hinter der Ukraine stehen, einschließlich von Waffenlieferungen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.